

Protokoll der 10. Sitzung des Stadtteilbeirats Moisling

am 02. November 2017, 18.30 – 20:30 Uhr

Ort: Vereinsheim Rot-Weiß Moisling, Brüder-Grimm-Ring 4b

Teilnehmende: 32 Personen, davon 13 stimmberechtigte Mitglieder des Beirats

1. Anwesenheit, Protokoll und Tagesordnung

Herr Tietz begrüßt die Anwesenden zur 10. Beiratssitzung. Da mehr als 50% der stimmberechtigten Mitglieder des Beirats anwesend sind, ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Es gibt keine Anmerkung zum Protokoll der letzten Sitzung.

Die Tagesordnung wird vorgestellt:

Top 1	Anwesenheit, Protokoll und Tagesordnung
Top 2	Projekte der Sozialen Stadt: Beteiligung des Stadtteils an Projekten / „Alte Schule Moisling“
Top 3	Kurzberichte über Veranstaltungen
Top 4	Verfügungsfondsansträge
Top 5	Verschiedenes und Termine

2. Projekte der Sozialen Stadt

Beteiligung des Stadtteils an Projekten / „Alte Schule Moisling“

Herr Tietz legt sein Anliegen aus der letzten Beiratssitzung noch einmal dar und bezieht sich auf Gerüchte, dass die Geschäftsführung der VHS Lübeck in die Räume der „Alten Schule“ Moisling einziehen solle. Trotz Rückmeldungen von Herrn Selk (Fachbereich Planen und Bauen), dass seitens der Stadtverwaltung zwar Überlegungen zur räumlichen Neuorganisation der VHS, der Stadtteilbibliothek und des „Hauses für Alle“ angestellt werden, es sich dabei allerdings um Prüfungen handele – die ohne einen entsprechenden politischen Beschluss nicht umsetzbar wären, beschloss der Beirat einen Brief an Frau Senatorin Weiher und Frau Senatorin Glogau zu versenden und um Stellungnahme zu dem Thema zu bitten.

Herr Selk erläutert, dass der Beirat als Gremium so organisiert sei, dass er als Ansprechpartner der Verwaltung ständiges Mitglied sei und bei Bedarf durch KollegInnen aus anderen Fachbereichen unterstützt werde. Zur heutigen Sitzung seien Frau Heidig und Frau Albrecht vom Fachbereich Kultur und Bildung anwesend. Sie würden weitere Informationen zu den o.g. Planungen geben können. Er betont, dass es selbstverständlich auch eine schriftliche Antwort von Frau Senatorin Glogau zu dem Brief geben werde.

Herr Tietz bekundet, dass schriftliche und handfeste Antworten hilfreich seien, um Gerüchten begegnen und eine belastbare Aussage der Stadtverwaltung erhalten zu können. Er begrüß-

det diese Haltung mit der besonderen Sensibilität, die in Moising aufgrund der Schließung des Stadtteilbüros gegeben sei.

Frau Heidig und Frau Albrecht führen aus, dass das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) im Rahmen der „Sozialen Stadt Moising“ u.a. das Ziel beinhalte, soziale, kulturelle und freizeitorientierte Angebote im Stadtteil auszubauen und Bildungs- und Beratungseinrichtungen zu stärken. Mit dem Zuzug von Flüchtlingsfamilien nach Moising sei ein Bedarf an Deutschkursen entstanden – diese Kurse fänden derzeit in der „**Alten Schule**“, durchgeführt von der VHS, statt. Moising sei dadurch um einen temporären Bildungsstandort reicher. Zum Hintergrund erläutern beide, dass sich Rahmenbedingungen im Bildungs- und Jugendhilfebereich ändern können und dementsprechend auch neue Ideen für bestimmte städtische Standorte in Moising entwickelt werden. Der Fachbereich prüfe derzeit, ob die „Alte Schule“ weiterhin als Standort für die **VHS** genutzt werden könne. Der aktuelle Standort der VHS-Geschäftsstelle befinde sich in der Huxstraße, jedoch sei das Gebäude sanierungsbedürftig. Es werde geprüft, ob ein Teil der Verwaltung und des Kursangebotes der VHS nach Moising verlagert werden könne – all das seien im Moment jedoch Planungsskizzen. Fest stehe bisher nur, dass das Kursangebot mit z.B. Englisch und Sport in Moising weiter ausgebaut werden solle. Ferner gehen die Vertreterinnen des Fachbereichs Kultur und Bildung auf die **Stadtteilbibliothek** in Moising ein. Diese sei schon lange nicht mit ihrem Standort zufrieden. Mit der Entwicklung des IEKs äußerte der Leiter der Stadtbibliothek den Wunsch, die Stadtteilbibliothek Moising in die „Neue Mitte“ zu verlagern. Aufgrund des mittelfristigen Planungshorizonts der „Neuen Mitte“ werde vom Fachbereich die kurzfristige Überlegung geprüft, die Bibliothek in die Astrid-Lindgren-Schule zu verlagern. Diese Überbelegung wurde kontrovers diskutiert. Es werden Sorgen geäußert, dass der Standort stark an die Schule gebunden, fernab von Laufpublikum und schnell nur als Schulbibliothek wahrgenommen werden würde.

Ein Gast sieht die Gefahr, dass Überlegungen der Verwaltung nicht den Ansprüchen aus dem Stadtteil gerecht werden würden und äußert, dass Bürgerbeteiligung anders aussehe. Herr Selk macht eine klare Trennung deutlich: Die Verlagerung der Stadtteilbibliothek und der Umzug der VHS seien beides keine Projekte der „Sozialen Stadt“, sondern Planungen der Verwaltung. Die fachlich-organisatorische Organisation und Ausrichtung der Erwachsenenbildung läge in der Zuständigkeit des entsprechenden Verwaltungsbereichs und könne nicht Bestandteil einer „klassischen“ Bürgerbeteiligung sein. Dementsprechend seien diese Überlegungen als Rahmenbedingungen zu begreifen, die für die Projekte der „Sozialen Stadt“, d.h. für den angestrebten Ausbau der sozialen, kulturellen und freizeitorientierten Angebote – und insbesondere für die Nutzungsperspektive der „Alten Schule“ – zu berücksichtigen sind. Er versichert dem Beirat, dass es eine umfassende Beteiligung bei der Aufstellung eines Gesamtnutzungskonzepts geben werde – diese sei explizit ein Projekt der „Sozialen Stadt“. Dieses Nutzungskonzept würde durch das Quartiersmanagement initiiert und an die Ergebnisse aus VU und des ehemaligen Arbeitskreises zur Nachnutzung der Alten Schule anschließen. Der zeitliche Horizont sei noch offen, da erst die Rahmenbedingungen geklärt werden müssen. So müssten beispielsweise für den Umzug der VHS entsprechende Gelder aus dem kommunalen Haushalt bewilligt werden, die einer Zustimmung der Bürgerschaft bedürfen. Erst wenn die endgültigen Rahmenbedingungen für die Alte Schule feststünden, könne mit einer Beteiligung gestartet werden.

Herr Tietz verweist auf das Schlüsselprojekt des IEK, in dem die Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Haus der Mitte und die Alte Schule vorgesehen sei. Er verstehe nicht, wa-

mone böcker & anette quast gbr

mail@tollerort-hamburg.de
www.tollerort-hamburg.de

rum die Verlagerung der VHS in die Alte Schule nicht unter den Rahmen der „Sozialen Stadt“ falle, da dies doch im IEK stehe. Er stellt die Beteiligung des Stadtteils und des Beirats in Frage und fordert, dass bereits bei den Planungen beteiligt werden solle. Herr Selk lehnt dies ab: Die mögliche Verlagerung der VHS als Maßnahmen per se könne nicht Bestandteil einer „klassischen“ Bürgerbeteiligung sein – sondern vielmehr eine Rahmenbedingung. Eine VHS-Verlagerung stehe auch nicht im IEK. Es sei normal, dass sich Rahmenbedingungen bisweilen ändern. Diese gelte es abzuwarten, bevor eine geeignete Beteiligung starten könne. Er sehe in den jetzigen Überlegungen große Chancen, durch die Kombination einer VHS-Außenstelle mit Stadtteileinrichtungen und einer neuen Kindertagesstätte auf dem alten Schulgelände einen Mehrwert für den Stadtteil zu generieren.

Frau Albrecht und Frau Heidig berichten weiterhin, dass für das **„Haus für Alle“** mit dem Freizeitzentrum für Kinder und Jugendliche und die angrenzende Kindertagesstätte ebenfalls verschiedene Überlegungen seitens der Verwaltung angestellt würden. So sei das Gebäude in einem Zustand, welches eine weitere langfristige Nutzung ausschließe. Eine endgültige Nutzungsänderung des Gebäudes bedürfe jedoch wiederum einer politischen Entscheidung. Bei der Kita am Moislinger Berg sei in den letzten Jahren ein hoher Sanierungsstau entstanden. Hier werde über einen Neubau z.B. auf dem Hinterhof der „Alten Schule“ nachgedacht. Die Jugendarbeit werde an anderen Standorten in Lübeck bereits dorthin verlagert, wo Kinder und Jugendliche anzutreffen seien – vor allem an die Schulen. Die entstandene Lounge an der Heinrich-Mann-Schule sei ein erster Schritt in diese Richtung. Aber auch über einen weiteren Standort unabhängig von der Schule werde bereits im Zusammenhang mit der Entstehung der Neuen Mitte nachgedacht.

Herr Lehmann (EuroKidz) sorgt sich, dass eine Standortverlagerung der Jugendarbeit mit weniger Platz für Kinder und Jugendliche einherginge. Er fragt, ob das Angebot gekürzt werden soll. Seiner Meinung nach würden dann weniger Kinder betreut werden können. Frau Siotla (Freizeitzentrum Moisling) merkt an, dass die Lounge in der Heinrich-Mann-Schule schön, aber derzeit nur für 15 Kinder ausgelegt sei. In der Lounge sei das Angebot begrenzt und die Lautstärke hoch. Im Haus der Mitte dagegen gebe es ausreichend Raum, um viele neue Angebote zu entwickeln. Dies mache vor allem die jetzt neu besetzten Stellen möglich. Derzeit würden damit bis zu 30 Kinder am Tag zwischen 6 und 18 Jahren erreicht. Sie ergänzt, dass die MitarbeiterInnen des Freizeitzentrums in ihren Projekten und Entwicklungen gebremst würden, weil die Planungen um das Gebäude ungewiss seien. Frau Albrecht erklärt, dass das Nachmittagsangebot an den Schulen ausgebaut wurde und die Beteiligung in den letzten Jahren stark zugenommen habe. Kinder und Jugendliche seien heute länger in der Schule. Daher sei die Entwicklung eines Schulcampus eine Idee, die derzeit vorangetrieben würde. Ein weiterer Standort für Jugendarbeit könnte auch in der Neuen Mitte sein. Perspektivisch sollen große Zentren zugunsten von kleineren und dezentralen Angeboten aufgelöst werden.

Herr Sebeleski (Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen) widerspricht der Aussage von Frau Albrecht, dass die Kinder lange in der Schule seien. Ab der 5. Klasse nehme die Nachmittagsnutzung ab, da es ein offenes Angebot gebe und dieses nicht verpflichtend sei. Der Schülertreff, indem die Nachmittagsnutzung angeboten werde, befände sich an der Schule, jedoch seien die Räumlichkeiten nicht entsprechend ausgestattet. Aus diesem Grund nutzten etwa 290 Kinder und Jugendliche das Nachmittagsangebot nicht. Er wünscht sich einen Ausbau der Bewegungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, also einen

Ausbau der Spielplätze. Seine Idee wäre ein Verkehrsübungsplatz an der Fahrradwerkstatt und ein Kunstrasenplatz.

Frau Hildebrand (CDU) fügt hinzu, dass seitens der Kommune viel in die Kinder und Jugendarbeit investiert werde. Sie kann sich gut vorstellen, dass das Jugendfreizeitzentrum an die Schule angedockt werden könnte, wie beispielsweise in Travemünde. Wenn das Nachmittagsangebot der Schule schließe, könne das Angebot im Freizeitzentrum weiter genutzt werden. Frau Heidig knüpft an die Aussagen von Frau Hildebrand an, dass an dem Campuskonzept weitergearbeitet werde. Es stehe auf dem Gelände der Schulen (Heinrich-Mann und Astrid Lindgren) noch Platz zur Verfügung. Frau Zahn (Caritas) entgegnet, dass Kinder auch die Möglichkeit haben sollten, ihre Freizeit außerhalb der Schule zu verbringen. Diese Aussage findet Zustimmung aus dem Bereich der freien Jugendarbeit (IB). Wenn Kinder am Nachmittag weiterhin in der Schule bleiben sollen, müsse der Schulhof und die Räume attraktiver und Rückzugsräume eingerichtet werden. In Moisling fehle es an Orten, wo sich Jugendliche zurückziehen könnten.

Herr Lehmann verweist auf die allgemein schwierige Lage von Vereinen und Institutionen im Stadtteil, die auf der Suche nach Räumen seien. Er nennt das Beispiel seines Vereins EuroKidz eV., die ein Tonstudio hätten und daher auf einen festen Raum aufgrund der technischen Ausrüstung angewiesen seien. Die Raumsuche für das Tonstudio sei sehr schwierig gewesen, da alle Räume im Stadtteil belegt waren. Nun habe er zwei Räume im „Haus für Alle“ bekommen. Wenn das „Haus für Alle“ wirklich geschlossen werden würde, fehle es an Räumen für Vereine und Angebote. Eine Ladenzeile als Standort sei für ihn wegen der Lärmbelästigung nicht möglich. Auch die Schule käme als Standort nicht in Frage, da die Raumnutzung mit anderen Lehrenden erfolgt und die Geräte im Tonstudio nur von Fachleuten bedient werden können. Der Verein EuroKidz ist ein ehrenamtlicher Verein und hat daher keine Einnahmen. Räumlichkeiten, die einer Mietzahlung bedürften, kämen für ihn nicht in Frage.

Herr Tietz äußert Bedenken, dass wenn das Haus der Mitte geschlossen würde, ein wichtiges Gebäude und damit Platz für Angebote verloren ginge. Er zweifelt an, dass ein Gebäude abgerissen und dafür ein Neues in der Neuen Mitte gebaut werde. Frau Albrecht betont, dass bevor das Haus der Mitte geschlossen würde, es auf jeden Fall einen weiteren Standort geben werde. Ideen dazu werden weiterhin gesammelt. Das sei ein laufender Prozess. Es bestehe allerdings nicht der Plan, das Haus der Mitte eins zu eins zu verlegen.

Herr Tietz kritisiert, dass es kein ganzheitliches Konzept gebe. Er verweist erneut auf das IEK, das eine Konzeptfindung **„Gesamtnutzungskonzept „Alte Schule/ Haus für Alle“** vorsehe. Er erachtet gleichzeitige und weitsichtige Planungen in Hinblick auf den neuen Bahnhof als notwendig, da sonst die Gelder anders ausgegeben oder verplant sein könnten. Herr Selk antwortet, dass es auf jeden Fall ein Gesamtkonzept geben werde. Allerdings sei die Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit nicht Gegenstand der Städtebauförderung. Entscheidungen lägen im zuständigen Fachbereich. Er verweist darauf, dass bei der Aufstellung des Konzepts die Rahmenbedingungen abschließend geklärt sein müssen. Der mögliche Umzug der VHS sei so eine veränderte Rahmenbedingung. Wenn die VHS in die Alte Schule ziehe, würde sich die Erstellung des Gesamtnutzungskonzepts daran anschließen. Auch die Turnhalle könne als Raumpotenzial mit einbezogen und ggf. von Vereinen und Institutionen des Stadtteils genutzt werden. Im Sinne eines Konzeptes gelte es, zunächst die

Bedarfe nach Räumlichkeiten zu prüfen. Bisher sehe die Verwaltung das Potenzial einer VHS mit einer neuen Kita in der Alten Schule und die Nutzung der Turnhalle von Vereinen und Initiativen.

Herr Thieß (Vertreter Vereine und Initiativen) erklärt, dass der Sportverein Rot-Weiß Moising mit einer Judo- Mannschaft in der alten Turnhalle trainiert habe, sich jedoch einen anderen Ort suchen musste, da die Flüchtlingsunterkunft dort vorübergehend untergebracht wurde. Dadurch sei das Sportangebot eingeschränkt, da es kein Zugang zur Turnhalle mehr gebe. Er sei davon ausgegangen, dass nach dem Auszug der Geflüchteten wieder der alte Betrieb aufgenommen werden könne. Er schlägt vor, den Spiel- und Sportschwerpunkt an der HM-Schule weiterzuentwickeln und die Nähe zum Rot-Weiß-Moising zu nutzen. Frau Albrecht bestätigt, dass überlegt wird, inwieweit die Schulstandorte dafür genutzt werden könnten. .

Herr Sebelefski fragt, was Beteiligung genau heiße, was man verändern könne, wer was entscheide und was schon vorgegeben wäre. Herr Selk antwortet, dass es bei Bürgerbeteiligung immer Rahmenbedingungen gebe, die vorgegeben sind. Beteiligung könne nie ein „Wünsch dir was!“ sein, sondern erfolge immer anhand gewisser Bedingungen, wie z.B. Kostenrahmen, räumliche Bezüge oder klar definierte Gestaltungsspielräume. Herr Tietz fordert, den Stadtteil und den Beirat früher zu beteiligen. Der Beirat reagiere auf Gerüchte und möchte über genaue Planungen informiert werden. Er sehe die Gefahr, dass die Turnhalle zu klein für die Angebote aus dem Stadtteil sei.

Frau Heidig sieht die Sachlichkeit der Diskussion gefährdet. Sie erklärt ferner, dass die Grundlagen für eine Beteiligung zunächst fachlich erarbeitet und tragfähige Informationen erst dann weitergetragen werden. Herr Selk stellt ergänzend klar, dass es noch keine fertigen Planungen oder Konzepte gebe, die eine Verlagerung der VHS und der Bibliothek vorsehen. Dies seien erste Überlegungen. Er nimmt mit, dass es im Beirat einen großen Informationsbedarf und einen Wunsch nach Beteiligung gebe. Herr Tietz äußert, dass der Beirat Anregungen geben könne, die mit in zukünftige Konzepte einfließen könnten. Er besteht weiterhin darauf, dass der Beirat beteiligt wird und bei Konzepten mitwirken könne.

3. Kurzberichte über Veranstaltungen

Frau Hafemann (QM) schlägt vor den Überblick über die Verfügungsfonds-Projekte auf die nächste Sitzung zu verschieben. Der Beirat stimmt dem zu.

Frau Hafemann gibt einen Überblick über die vergangene Veranstaltung „stets mobil“, die zusammen mit dem Lübecker Stadtverkehr und circa 20 interessierten BürgerInnen stattfand. Weiterhin kündigt sie neue Veranstaltungen an. Am 07. November 2017 findet der erste Nachbarschaftsdialog im Soziale Stadt Büro zum Thema Neue Nachbarn statt. Am 04. Dezember 2017 wird die Veranstaltungsreihe Moisinger Salon – Moising erzählt im Seniorenheim Hinrichs fortgeführt. Thema wird dieses Mal der Verkehr in Moising sein.

4. Verfügungsfondsansträge

Es befinden sich noch 50,- € im Verfügungsfonds für das laufende Kalenderjahr. Es liegen keine Verfügungsfondsansträge vor.

Im neuen Kalenderjahr steht ein neuer Verfügungsfonds mit 30.000 € zur Verfügung.

5. Verschiedenes und Termine

Netzwerke:

Der Themenblock über die Netzwerke im Stadtteil wird verschoben, da die Netzwerkpartner Herr Butzin (Leiter Heinrich-Mann-Schule) und Herr Gauer (Pastor Wicherngemeinde) nicht anwesend sind.

Beratung zum Bürgerservice im Stadtteil:

Herr Tietz kritisiert, dass sich der Senator sich zu diesem Thema bisher nicht gemeldet habe. Herr Selk weist darauf hin, dass das Thema Bürgerservice ein zentrales Thema im aktuellen Bürgermeisterwahlkampf sei. Die Verwaltung agiere entsprechend der vorliegenden politischen Beschlusslage.

Termine

- Nachbarschaftsdialog: Dienstag, den 07. November 2017
- Moising erzählt III: Freitag, den 04. Dezember 2017
- Nächste Beiratstermine:
 - Dienstag, den 13. Februar 2018,
 - Mittwoch, den 07. März 2018
 - Donnerstag, den 03. Mai 2018

Es wird über den Veranstaltungsort beraten, ob weiterhin das Vereinsheim Rot-Weiß Moising als Veranstaltungsort dienen sollte. Es gibt keine Gegenstimmen.

Die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung wird die zentralen Themen des Übergeordneten Grünkonzepts und des Städtebaulichen Wettbewerbs umfassen. Frau Hafemann weist auf die Stadtteilaktion „Moising räumt auf“ hin, die im Frühjahr 2018 erneut stattfinden soll.

Herr Tietz verabschiedet alle Teilnehmenden der Beiratssitzung und dankt ihnen für ihr Erscheinen.

**Die nächste Sitzung des Stadtteilbeirats findet
am 13. Februar 2018 um 18.30 Uhr im Vereinshaus Rot-Weiß Moising
statt.**